

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 136. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Freitag, 20. März 1908.

Verlagsgesellschaft f. d. sächsische Zeitungs- und Druckerei in Halle a. S. u. in allen deutschen Anzeigen- und Druckereibetrieben.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus, Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Bauhausstr. 10. Telephon: Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Auf der Spur Simon Coppers.

Nach einem Telegramm des Oberleutnants v. Storff ist das Expeditionskorps des Hauptmanns v. Erdert am 16. März die Werft Simon Coppers mitten in der Nacht, etwa 100 Kilometer nördlich Weimars, an der Weimarer Aue in Zoten 58 Männer; 7 Männer und einige Weiber wurden gefangen genommen. Simon Coper entkam im dichtsten Busch, der Rest der Werft zerstreute sich nach Süden und Südwesten.

Hauptmann v. Erdert, Leutnant Ebinger und zwölf Mann sind gefangen, neun Mann wurden schwer, drei Offiziere, fünf Mann leicht verwundet.

Das Expeditionskorps war in zwei Kolonnen von Gochas am 6. von Arabach am 8. in der Gefechtslinie auf 430 Weibern mit 4 Maschinengewehren und 700 Kamelen aufgezogen. Am 11. vereinigte sich das Korps bei Weimar. Nach vier Tagen wurde zum Erkennen abgedrückt. Die tägliche Nahrung für den Mann betrug bei heiter und trockener Witterung zwei bis drei Liter. Bei Weimar war das letzte Mehlwasser gefunden worden; es reichte aber nicht zum Trinken der Kamel.

Hauptmann v. Erdert hatte auf der Spur Simon Coppers am Abend des 15. dessen Werft erkundet. Am 16. mit Tagesanbruch griff er die Werft mit zwei Detachements unter den Hauptleuten Grüner und Willeke an, fiel jedoch gleich bei Beginn des Gefechts. Hauptmann Grüner übernahm das Kommando und befahl dem im Kalbfreis um die Werft liegenden Expeditionskorps den ununterbrochenen Anlauf gegen den Feind. Dieser wurde zwei Stunden lang zur Stellung gezwungen, bis er vormittags 1/2 Uhr seinen verweirten Widerstand aufgab und in regelloser Flucht nach Süden und Südwesten auseinanderlief.

Erbeutet wurden 29 Gewehre, zahlreiche Munition, eine kleine Herde Vieh, sowie einige Pferde.

Das Hotentottenkommando, das am 8. nördlich Ross eine Patrouille überfallen hatte, scheint bereits am 15. wieder bei Coper gewesen zu sein.

Hauptmann Grüner geht zunächst zum Noßob zurück, weil er Wasser haben muß. Dort findet er das letzte sichere Wasser in Arabach. Simon Coper ist schwer geschädigt, aber noch nicht endgültig besiegt. Weitere Übersiedelung und erneute Expeditionen bleiben nötig.

Nach Meldung des Oberleutnants v. Storff muß die Leistung des Expeditionskorps als ganz hervorragende Beweistat bezeichnend werden. Mit dem tapferen und bewährten Führer Hauptmann v. Erdert verliert die Schutztruppe einen ihrer besten Offiziere.

Kompromißantrag ist bereits durch die Presse bekannt geworden, jedoch ein materieller Grund zur Verweigerung nicht vorliegt. Der Redner der sächsischen Volkspartei teilt mit, daß er seine Unterstützung unter den Kompromißantrag ebenfalls gegeben habe. Ein Verlangensantrag, der von politischer Seite gestellt war, wird unter Protest gegen die Behandlung der Sache zurückgezogen. Die Geschäftsordnungsdebatte zieht sich noch eine Zeit lang hin, verläuft aber erfolglos. Zur Sache bemerkt hierauf ein Mitglied der Reichstagsfraktion: Gegen die radikale Agitation müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Ein Vertreter der freiwirtschaftlichen Volkspartei beruft sich auf eine längere Erklärung, worin er namens seiner politischen Freunde gegen die Wählermeldungen protestiert, die einen „Staubregen“ in Bezug auf die Wählergeschwindigkeit behauptet haben. In den ganzen Kompromißverhandlungen ist das Wort „Vorgeschlagene“ überhaupt nicht gefallen. Dieser Erklärung schließen sich die Vertreter der sächsischen Volkspartei, der freiwirtschaftlichen Vereinigung, der Konserverbitten und der Nationalliberalen an. Der konservative Redner führt aus, nicht die freiwirtschaftlichen nachzugeben, sondern den Konserverbitten sei die Zustimmung zum Kompromiß außerordentlich schwer geworden. Nach längerer Debatte wird von Zentrumseite ein Verzeichnis der Landbesitzer genehmigt, in denen sich mindestens 60 Prozent alteingesessene Bevölkerung niederdeutscher Muttersprache vorhanden sind. Der Staatssekretär sagt Erfüllung dieses Wunsches zu.

Die Debatte wird geschlossen. Der Kompromißantrag der Volksparteien wird, wie schon kurz gemeldet, mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Die §§ 8, 9, 9a und 10 werden nach Vorschlägen der Volksparteien bzw. den Beschlüssen in erster Lesung angenommen.

Ein Kompromißantrag der Volksparteien, in § 10a zu bestimmen, daß „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und auch nicht an Versammlungen solcher Vereine, noch an öffentlichen politischen Versammlungen teilnehmen dürfen“, wird von Sozialdemokraten, Polen und Zentrum bekämpft. Diese Redner berufen sich auf die Arbeiterorganisationen, die leicht zu politischen Vereinen erklärt werden könnten. Der § 10a wird jedoch von den Vertretern der Volksparteien angenommen. Ohne wesentliche Debatte werden sodann die §§ 11 und 11a (Strafbestimmungen), ferner die §§ 12 bis 16, die einen Anhalt mehr formaler Natur haben, teils mit großer Mehrheit, teils mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

Bei der Gesamtmitteilung über das Gesetz stimmen die Volksparteien für, die Minderheitsparteien gegen das Gesetz.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschloß gestern, den Antrag des freiwirtschaftlichen Abg. Freyberg v. Campy betr. die Gewährung freier Gewerbesteuer für die Wahlmänner in folgender veränderter Fassung der Regierung zur Erwägung zu übermitteln.

Die Staatsregierung wird ersucht, bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus am Tage vor und nach der Wahl den Wahlmännern freie Fahrt von ihrem Wohnorte zum Wahlort und zurück zu gewähren und ihnen auch, wo die regelmäßigen Züge keine angemessene Verbindung bieten, Sonderzüge zu stellen.

Wie schon mitgeteilt, sollen nach dem Antrage aller Parteien des Abgeordnetenhauses die Beamtenpetitionen der Staatsregierung zur Erwägung übergeben werden. Es handelt sich um 528 Petitionen, von denen 301 von Beamten, 222 von Lehrern, 5 von Geistlichen stammen.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Eisenbahnleihegesetzes zugegangen, das die Ausgabe von Staatsanleiheverschreibungen in Höhe von 275 424 000 Mark vorsieht. Die Bedingungen für die Ausgabe werden dem Finanzminister überlassen.

Ein Antrag betreffend die Begünstigung einer Erbschaftsteuer für die Witwen von Eisenbahnbeamten, die im preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Als Oberlandesgericht für das Präsidium wird in Halle bestimmt. Schanburg-Wechsungen zählt einen Jahresbeitrag von 1500 Mk.

Die Finanzkommission des Herrenhauses wird die Staatsberatung erst am 20. d. Mts. aufnehmen, das Abgeordnetenhaus den Endentscheid nicht innehalten konnte.

Deutsches Reich.

* Kaiser Wilhelm und Präsident Noelle. Die von vornherein nicht glaubwürdig erscheinende Meldung, Kaiser Wilhelm stände in brieflichen Unterhandlungen mit dem Präsidenten Noelle über den Verkauf der Philippinen an Deutschland, kann auch an dieser Stelle ausdrücklich für unwahrhaftig erklärt werden. Die Nachricht stammt aus trüber englischer Quelle.

* Die Journalisten des Reichstages beschwerten sich. Eine Kommission der Journalisten des Reichstages überreichte dem Präsidenten eine Beschwerde, weil Abg. Groeber, als während der Rede des Abg. Erdberger auf der Journalistentribüne angeblich gelacht wurde, eine die Journalisten schwer beleidigende Äußerung in den Saal gerufen habe. Als der Präsident darauf eine ungenügende Erklärung abgab, beschwerten die Journalisten die Tribüne. Sodann verammelten sich die Journalisten im Reichstagslesesaal und beschloßen, eine fünfgliedrige Kommission an den Präsidenten zu entsenden mit der schriftlichen Erklärung, daß

die in Sachen der Äußerung Groebers abgegebene Erklärung des Präsidenten den Journalisten Genehmigung nicht gewähre. Die Journalisten beschloßen ferner, vor Abgabe einer genügenden Erklärung die Tribüne nicht wieder zu betreten. Zur Festsetzung des weiteren Verhaltens findet heute mittags 12 1/2 Uhr eine abnormale Versammlung statt.

* Reichstagsbeschlüsse. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Reichstagsbeschlüsse im ersten Annaberger Wahlkreis (Halle) (Frei. Bgg.) 8818, Göttingen (Wirtsch. Bgg.) 6570, Fürstingen (Allg.) 4900 und Ding (Eag.) 3115 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Hegler und Göttingen erfolgt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
57. Sitzung vom 19. März, 11 Uhr.
Am Ministertisch: Hofe, Schwarzkopff, Raumann.

Dritte Lesung des Gesetzes.
Die Beratung wird fortgesetzt beim Ministertisch. Hierzu liegen verschiedene Anträge vor. Zwei Anträge Bachmann (natl.) und Hübner (frei. Bg.), Wimmel (frei. Bg.) fordern Wiedereröffnung der von Konserverbitten und Zentrum befristeten hauptamtlichen Schulpflichtportelle in Potsdam. Ein Antrag von Brandenstein (konf.) fordert stärkere Ausbildung und Gewährung weiblicher Lehrkräfte für den Elementarunterricht; ein Antrag Dr. v. Wonna verlangt eine Verwirklichung zur Eröffnung der industriellen Vorbereitung der preussischen Koole. Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt.

Die Hofe (konf.) bietet um eine bezügliche Erklärung über die Freierziehung der Schulen und tritt für vermehrte Umlaufbesetzung am Lehrer zur Zeitnahme an religionswissenschaftlichen Schulen ein.
Abg. Dr. Dietrich (Ztr.) mißbilligt einen Erlaß der Schulen, die mit ihren Eltern an allgemeinen Gottesdienst teilnehmen, das Festhalten von Sonntags- und Feiertagsunterricht.
Kaufmannsminister Dr. Hofe: Der Erlaß ist auf vielfache Wünsche der Eltern zurückzuführen. Die Teilnahme am Schulpflichtunterricht ist sehr unangenehm, aber Ausnahmen müssen zulässig sein.
Abg. Dr. Friedberg (nl.) spricht sich im selben Sinne aus. In Sachen der Verlängerung der Schulpflicht hat sich der Ministerialdirektor auf ein Gutachten der Berliner Schuldeputation berufen, aber auf eines, das aus dem Februar 1890 stammt (Hört! Hört!). Die Schuldeputation ist längst anders veranlagt. In der Frage der Befreiung des Volkes der Schuldeputation ist mit dem Reichsinspektoren hat die Regierung ihre Zustimmung nicht gegeben.

Abg. Frhr. v. Böhly (freiw.) erklärt es für notwendig, daß in Landgemeinden der Ortsschulpflichter zugleich Vorsitzender der Schuldeputation ist.

Abg. Gieshoff (fr. Bg.) hofft auf ein Scheitern des von der Generalinspektion vorgebrachten Vorbeschlusses, das die Rechte der Gemeinden beschränkt.

Minister Hofe sagt Prüfung der in der Debatte geäußerten Wünsche zu und geht dann auf den von Senator Müller beantragte ein. Den Lehrern sollte nicht unterzogen werden, sich über die Ergebnisse der modernen alttestamentarischen Forschung zu unterrichten. Ein Sonderabstimmung habe aber die mit der Vertretung des Religionsbundes betraute Kommission die Einwirkung auf die Lehrpläne der Religionslehre zu berücksichtigen, auch nach einer Milderung, die der offiziellen Norm widerspricht (Hört! Hört!). Das dagegen von Eltern und Lehrern angeregten Konflikt sei zum Einschreiten verpflichtet gewesen. Auf die hier nicht zur Diskussion stehende Bestimmung des Konfliktkommissionen eingegangen, habe er keine Veranlassung. (Beifall rechts.)

Abg. Hoff (fr. Bg.) kritisiert die Seminarordnung für Geistliche, die vorliegen Seminaristen seien unterer als die Soldaten in der Infanterie.

Abg. Bieder (freiw.) befragt sich darüber, daß in der Bromberger Vorstadt zu Schneidmüll die evangelischen Kinder in einem schönen Schulgebäude, die katholischen in ungenügenden Räumen unterrichtet würden.

Abg. Gassel (fr. Bg.) tritt für die Gleichberechtigung der drei höheren Schulen ein und erörtert den Fall des Berliner Schullehrers Witzmann. Der Direktor, der zugeben mußte, der Schüler habe nach dem Verhalten des Lehrerkollegiums das consilium abundi befristet müssen, habe die gebührende Rücksicht erhalten, auch der schuldige Lehrer sei vom Provinzialschulkollegium befristet worden.

Schweitzer (nl.) befragt, daß der Fall Witzmann, den der Minister hier befragt, in der Öffentlichkeit mehrfach in unangenehmer Weise auf die Tagesordnung gekommen sei. Wie es zu werden sei. Am vorliegenden Falle teile die Schuld die Schuld mit anderen Faktoren. Witzmann werde der Vorfall klarer verurteilt als in Lehrertreue (Sehr richtig!), wir dürfen deshalb volles Vertrauen haben, daß ein solcher Mißgriff ganz verneint ist und bleiben wird. (Beifall.) Trotzdem hat der Minister die für die Handhabung von Zuschnitt erlassenen gemessenen Vorschriften den Lehrern nochmals in Erinnerung gebracht und die zuständigen Behörden auf ihre genaue Durchführung hingewiesen.

Abg. Ernst (fr. Bg.) tritt für eine Erhöhung der Bezüge der Kreisinspektoren ein.

Abg. Kertthoff (nl.) wünscht Ablösung des Patronatsrechts in Hannover.

Abg. Hübner (Ztr.) tritt gegenüber den Ausführungen des Abg. von der Arbeit den Antrag für das System Hübner an der Charlottenburger Technischen Hochschule ein, das durchaus berechtigt ist.

Abg. Rosenow (fr. Bg.) tritt den Vorlesungen des Abg. Weimer ebenfalls entgegen und empfiehlt Vorlesungen für Journalisten an den Universitäten.

Abg. v. Böhly (konf.) tritt für eine Gewährung der Ostmarkenzulage an die oberpreussischen Lehrer ein.

Herr Dr. Bremer (nlt.) verteidigt seine Stellungnahme gegenüber dem „Stören Frieder“... Minister Galle erklärt, die Ehrenbürgerrechte... Abg. Dr. Frieburg (nlt.) seinen Antrag auf Bewilligung der in zweiter Lesung getragenen hauptamtlichen Kreisfunktionsstellen...

Minister Galle bittet nochmals um Bewilligung der Potsdamer Stelle, die für 40 Schulen mit 334 Klassen in Betracht komme... Abg. Gertel (fonf.) schlägt sich als Vertreter Potsdams vor die Mitte des Ministers an...

Abg. Dr. v. Seydewitz (fonf.): Es sind keine neuen Momente eingetreten, die die Errichtung einer neuen hauptamtlichen Kreisfunktionsstelle rechtfertigen würden... Abg. Gertel (fonf.) und Dr. Frieburg (nlt.) treten nochmals für den Antrag ein...

Ein Schlusswort genommen. Ueber den Antrag findet namentliche Abstimmung statt, und zwar auf Antrag des Abg. Geyerhann (nlt.)... Das Haus verlässt sich Freitag 11 Uhr: Staatsbericht mit Sipp, Rest der dritten Lesung des Etats, Geheimnissvertr. Schluss 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

126. Sitzung vom 19. März 1908. Am Vortage: Der Reichstag. Die Beratung: Etats des Kolonialamtes.

wird fortgesetzt. Abg. Erberger (Ztr.): Der Staatssekretär hat sich in allen wesentlichen Teilen seines Programms auf den Standpunkt derjenigen Kolonialpolitik gestellt, die meine Freunde von jeher bestritten haben... Abg. Erberger (Ztr.): Der Staatssekretär hat sich in allen wesentlichen Teilen seines Programms auf den Standpunkt derjenigen Kolonialpolitik gestellt...

Abg. Erberger (Ztr.): Der Staatssekretär hat sich in allen wesentlichen Teilen seines Programms auf den Standpunkt derjenigen Kolonialpolitik gestellt... Abg. Erberger (Ztr.): Der Staatssekretär hat sich in allen wesentlichen Teilen seines Programms auf den Standpunkt derjenigen Kolonialpolitik gestellt...

Abg. Dr. Müller-Rieming (fr. Wp.): Gestatten Sie mir zu sagen, daß ich auf den kleinen Zwischenfall mit der Journalistenkammer mit einigen Worten zurückkomme... Abg. Dr. Müller-Rieming (fr. Wp.): Gestatten Sie mir zu sagen, daß ich auf den kleinen Zwischenfall mit der Journalistenkammer mit einigen Worten zurückkomme...

den Kolonien bekommen. Und ich dürfte doch davon halten, wie bei uns in Deutschland sich... Staatssekretär: Der Reichstag hat die Resolutionen über die Kolonialpolitik... Abg. v. Treuenfels (fonf.) begründet eine Resolution betr. ein Denkmahl für die in Südwestafrika Gefallenen...

Abg. v. Treuenfels (fonf.) begründet eine Resolution betr. ein Denkmahl für die in Südwestafrika Gefallenen... Abg. v. Treuenfels (fonf.) begründet eine Resolution betr. ein Denkmahl für die in Südwestafrika Gefallenen...

Ausland.

Zürich. Am 18. März ist von dem Marinestützpunkt bei der Inseln... Die Postkammer der europäischen Großmächte und der Vereinigten Staaten sowie die Kapitulantenrechte... Abg. v. Treuenfels (fonf.) begründet eine Resolution betr. ein Denkmahl für die in Südwestafrika Gefallenen...

XXIII. Landtag der Provinz Sachsen.

5. Sitzung. -H. Erziehung, den 19. März 1908. Die Sitzung wird mittags 12 1/2 Uhr von dem Vorsitzenden, Grafen von Wartenburg, eröffnet... Bericht der Anstaltskommission über die Provinzial-Ausflucht-Anstalt betreffend den Neubau der Aufzucht-Anstalt in Halle...

a) zum Anlaufe des Hauses Halle a. S. Zögerplatz 25 zum Preise von 10 000 Mk. nachträglich seine Genehmigung zu erlangen... b) den Neubau der Provinzial-Taubstummen-Anstalt...

2. Kommissionsbericht betreffend die Regulierung der Schwarzen Elster von Premsdorf abwärts. Berichterstatter: Bürgermeister Dippel-Witterfeld. Der Lauf der Schwarzen Elster ist von Zänzditz im Kreise Saargau bis Premsdorf im Saargaukreis durch den Neubau der Provinzial-Taubstummen-Anstalt...

Provinzial-Landtag wolle dem Kreise Saargau zur Ausführung des vorliegenden Elster-Regulierungs-Projekts eine unentgeltliche Bewilligung von 400 000 Mk. : 3 = rund 133 000 Mk. aus dem Extraordinarium des Staatshaushalts 1908/09 bewilligen.

Nach Bekanntgabe der auf die Bewilligung zu leistenden Beiträge... 3. Bericht über die Vorlage betreffend die Regulierung der Elbe bei Sebnitz... Berichterstatter: Abgeordneter Oberbürgermeister a. D. Werner: Die Anforderungen an die Aus- und Fortbildung der Beamten sind demnach zu erhöhen...

Der Entwurf wird mit einigen geringfügigen Änderungen genehmigt. 4. Anberaumung des Reglements für die Landes- und Provinzial-Fliegerkassen... Berichterstatter, Landrat von Münsingen-Gardelougen: Durch die Ausstattung der modernen Heilanstalten mit Sanitätsvorrichtungen...

Der Entwurf wird mit einigen geringfügigen Änderungen genehmigt. 5. Grunderwerb für die Landes- und Provinzial-Fliegerkassen... Berichterstatter, Landrat von Münsingen-Gardelougen: Durch die Ausstattung der modernen Heilanstalten mit Sanitätsvorrichtungen...

Der Entwurf wird mit einigen geringfügigen Änderungen genehmigt. 6. Reglement für das Mädchenheim in Porstberg und das Provinzial-Erziehungshaus in Zaucha... Berichterstatter, Landrat von Münsingen-Gardelougen: Durch die Ausstattung der modernen Heilanstalten mit Sanitätsvorrichtungen...

Der Entwurf wird mit einigen geringfügigen Änderungen genehmigt. 7. Reglement für das Mädchenheim in Porstberg und das Provinzial-Erziehungshaus in Zaucha... Berichterstatter, Landrat von Münsingen-Gardelougen: Durch die Ausstattung der modernen Heilanstalten mit Sanitätsvorrichtungen...

Der Entwurf wird mit einigen geringfügigen Änderungen genehmigt. 8. Reglement für das Mädchenheim in Porstberg und das Provinzial-Erziehungshaus in Zaucha... Berichterstatter, Landrat von Münsingen-Gardelougen: Durch die Ausstattung der modernen Heilanstalten mit Sanitätsvorrichtungen...

